



UMSTRITTENE SUBVENTION

Geheimakte Gasumlage

Stand: 02.09.2022 | Lesedauer: 7 Minuten

Von **Philipp Vetter**, **Daniel Wetzel**

Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Bündnis 90/Die Grünen) unter Druck: Bei der Entstehung der umstrittenen Gasumlage haben Lobbyisten massiv Einfluss genommen

Quelle: dpa

Die Gasumlage von Wirtschaftsminister Robert Habeck strotzt vor Fehlern. WELT AM SONNTAG liegen Informationen vor, die zeigen, dass Interessenverbände bei der Entstehung der Verordnung sehr aktiv waren. Wichtige Einwände von Vertretern der Gaskunden wurden dagegen nicht berücksichtigt.

Bei der Entstehung der Gasumlage (</wirtschaft/article240626817/Gasumlage-von-34-Milliarden-Euro-geht-nahezu-komplett-an-zwei-Unternehmen.html>) haben Unternehmen und Wirtschaftsverbände massiv auf die Gesetzesänderungen und Verordnungen des Bundeswirtschaftsministeriums eingewirkt.

Gleich 14 schriftliche Stellungnahmen reichten Lobbyisten (<https://www.welt.de/themen/lobbyismus/>) von verschiedenen Verbänden in den vergangenen Monaten ein. Sie liegen WELT AM SONNTAG vor. Außerdem führten Regierungsvertreter mehr als 20 Gespräche mit Vertretern betroffener Firmen.

In den schriftlichen Stellungnahmen wird deutlich, dass die Umlage überhaupt erst als eine Möglichkeit von Lobbyverbänden ins Spiel gebracht wurde. In der ersten Neufassung des Energiesicherungsgesetzes war die Gasumlage nämlich noch gar nicht enthalten, stattdessen hatte die Bundesregierung (</themen/bundesregierung/>) nur die direkte Weitergabe der höheren Gasbeschaffungspreise an betroffene Endkunden vorgesehen.

Dann hätten allerdings nur die Verbraucher zahlen müssen, deren Versorger tatsächlich Gas in Russland gekauft hatten. Mit der Gasumlage müssen nun alle Gaskunden zahlen (</politik/deutschland/video240726271/Jetzt-live-Sorge-vor-Wutwinter-Mehrheit-der-Deutschen-fuer-Gas-und-Strompreisbremse.html>) – unabhängig davon, ob ihr Versorger überhaupt russisches Gas beziehen wollte.

Mit der ursprünglichen Regelung waren unter anderem die Gashändler unzufrieden. In der Stellungnahme des Verbandes Deutscher Energiehändler (EFET) von Anfang Mai findet sich folgender Satz: „Denkbar wäre darüber hinaus die Sicherstellung der Finanzierung der Ersatzbeschaffung zunächst durch bspw. Kredite (<https://www.welt.de/themen/kredit/>) oder Garantien über eine staatliche Institution (z.B. KfW) zugunsten der Importeure und einer anschließenden etwaigen Refinanzierung durch eine Umlage.“

Es ist genau diese Idee, die Monate später von der Regierung umgesetzt wurde: Gasimporteure bekamen zunächst zur Überbrückung ihrer Mehrkosten KfW-Kredite, ab 1. Oktober sollen die gestiegenen Preise über die Gasumlage ausgeglichen werden.

Den Großteil der Mehrkosten müssen die Gaskunden tragen

Einwände der Vertreter der Gaskunden wurden hingegen nicht berücksichtigt: So forderten der Verbraucherzentrale Bundesverband (VZBV) für private Haushalte, aber auch der Verband der Automobilindustrie (VDA) (</themen/vda/>) für Firmen, dass die Energieversorger nur einen geringeren Anteil ihrer Mehrkosten weitergeben dürfen.

Laut Verordnung können 90 Prozent der Mehrkosten über die Gasumlage abgewälzt werden. Der VDA wollte den Anteil auf zwei Drittel begrenzen, Verbraucherschützer forderten eine Absenkung auf 85 Prozent – ohne Erfolg.

Der VZBV (/themen/verbraucherschutz/) wies auch frühzeitig auf das Problem hin, dass nicht nur Unternehmen kurz vor der Pleite mit der Umlage gerettet werden.

„Der vorliegende Entwurf macht an zwei Stellen deutlich, dass die darin vorgesehenen Ausgleichszahlungen ausschließlich der Verhinderung von Insolvenzen, nicht aber der Absicherung von Gewinnen auf Kosten der Verbraucher dienen dürfen“, heißt es in der Stellungnahme vom 30. Juli. „Dieser begrüßenswerte Ansatz wird aber nicht durch entsprechende Vorgaben abgesichert.“ Erst einen knappen Monat später räumte Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) (/themen/robert-habeck/) Fehler ein und kündigte Änderungen an der inzwischen eingeführten Umlage an.

Neben betroffenen den Branchen wie dem Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW), dem Verband Kommunalen Unternehmen (VKU), in dem auch Stadtwerke organisiert sind, dem Fernwärmeverband AGFW und dem EFET, versuchte die Chemieindustrie über ihren Branchenverband VCI, die Bundesregierung von ihren Positionen zu überzeugen.

„Stellungnahmen in Gesetzgebungs- und Ordnungsverfahren werden stets zur Kenntnis genommen und analysiert“, sagte eine Sprecherin von Habeck.

Frühzeitige Gespräche mit Fernwärme-Anbietern

Die Wirtschaftsvertreter haben aber nicht nur mit den schriftlichen Stellungnahmen versucht, Einfluss auf die Ausgestaltung der Gasumlage zu nehmen. Aus einer E-Mail des Fernwärme-Verbandes AGFW, die WELT AM SONNTAG vorliegt, geht hervor, dass bereits vor der schriftlichen Kommentierung ein Gespräch zur Gaspreisanpassungsverordnung stattgefunden hat.

„Vielen Dank für die Webko von soeben und die Möglichkeit, die Problemstellung der Fernwärme (sic!) darzulegen“, beginnt ein Verbandsvertreter seine Mail. „Webko“ dürfte für Web-Konferenz stehen. Auch schriftlich werden die Fernwärme-Anbieter deutlich: „Verordnung zur Gaspreisanpassung in der jetzigen Fassung ist ein absolutes No-Go für Fernwärmeversorger; hohes Insolvenzrisiko!“, heißt es dort.

Man könne die höheren Kosten durch die Gasumlage nicht kurzfristig an die eigenen Kunden weitergeben. Der Verband schlug vor, einen Paragraphen der Verordnung um einen weiteren Absatz zu ergänzen, das wurde allerdings bislang nicht umgesetzt. Tatsächlich ist bis heute ungeklärt, ob auch Fernwärmekunden die Gasumlage zahlen müssen. Im Bundeswirtschaftsministerium heißt es, es würden weitere Änderungen von Verordnungen geprüft, um auch Fernwärmeanbietern die Weitergabe der Gasumlage an ihre Kunden zu ermöglichen. In diesem Punkt könnte die Intervention des AGFW also noch erfolgreich sein.

Etwa 20 Gespräche zur Uniper-Rettung seit Anfang Juli

Dass Verbände schriftlich Stellung nehmen können und auch Gespräche stattfinden, ist im Gesetzgebungsprozess normal. Allerdings beantwortet das Wirtschaftsministerium im Fall der Gasumlage bislang nicht, welche Gespräche mit wem genau stattgefunden haben.

„Angesichts der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit war es nicht möglich, alle Gespräche, vor allem die mit Uniper im Rahmen der Stabilisierungsmaßnahmen aufzulisten, da gerade in der heißen Verhandlungsphase permanent via Telefon oder Video verhandelt wurde“, teilte die Sprecherin mit.

Das Wirtschaftsministerium räumte aber ein, dass im Rahmen der Verhandlungen über die Rettung des Energiehändlers Uniper mit Vertretern des Unternehmens sowie des finnischen Eigentümerkonzerns Fortum (</regionales/nrw/article240738337/Fortum-fuehrt-mit-Finnland-Gespraechе-zu-Liquiditaetsbedarf.html>) auch über die Pläne für die Gasumlage gesprochen wurde. „Dabei wurde auch darüber gesprochen, dass die Bundesregierung ein Instrument zur Weitergabe der Ersatzbeschaffungskosten (Umlage) einführen will, damit die Märkte stabilisiert werden und Unsicherheiten im Markt begegnet wird“, teilte Habecks Sprecherin mit.

Es habe seit Anfang Juli „etwa über 20 Gespräche“ zur Uniper-Rettung gegeben, die telefonisch oder per Videokonferenz geführt worden seien und an denen neben Vertretern der Unternehmen auch Mitarbeiter des Wirtschafts- und Finanzministeriums sowie des Bundeskanzleramts teilgenommen haben. „Ziel war es, eine Lösung für die täglich bei Uniper durch die Ersatzbeschaffung von russischem Gas auflaufenden Verluste (im Millionenbereich/Tag) zu finden“, so die Sprecherin.

Verschuldet hat die Bundesregierung die Höhe der Gaspreise natürlich nicht, dafür trägt der russische Präsident Wladimir Putin mit seinem Energiekrieg die Verantwortung. Doch die Stellungnahmen zeigen, wie viele handwerkliche Fehler insbesondere dem Wirtschaftsministerium in der Hektik unterliefen ([/wirtschaft/article240761927/Habeck-reformiert-Gas-Umlage-Wer-Boni-ausschuettet-braucht-keine-Hilfe.html](https://wirtschaft.welt.de/2022/07/27/habeck-reformiert-gas-umlage-wer-boni-ausschuettet-braucht-keine-hilfe/)), mit der die Bundesregierung den komplizierten Markteingriff ohne viel Federlesen durch die Instanzen peitschte.

Der Referentenentwurf aus dem Bundeswirtschaftsministerium, der am 28. Juli bei den Verbänden in die digitalen Postfächer flatterte, war nicht gerade das, was man eine Sommerlektüre nennen würde. Er strotzte vor komplizierten Formeln und Vorschriften. Angeschlagene Gasfirmen, die Hilfen aus der Umlage beantragen wollten, mussten dies nach der Formel $\text{Ausgleich} = ((\text{BSoll} - \text{BIst}) - (\text{ASoll} - \text{AIst})) \times (\text{DPBErsatz} - \text{DPBSoll}) \times (1 - E)$ tun, hieß es etwa.

Doch viel Zeit, sich Durchblick zu verschaffen über Inhalt und Folgen der komplizierten Vorschriften, blieb den Verbänden nicht. „Dem BDEW wurde Gelegenheit gegeben, dem Ministerium innerhalb eines Tages Anmerkungen zu dem Entwurf zu übersenden“, stellte der Verband in der Einleitung fest. Dem Gashändlerverband EFET blieben für seine Reaktion auf den Entwurf keine acht Stunden Zeit.

Gravierende Fehler im Entwurf

Dabei ging es um gravierende Fehler, die im Entwurf auszubügeln waren. So war ungeklärt, ob auch Verbraucher mit Festpreisverträgen mit der Umlage belastet werden dürfen. Einige Versorger, warnte der BDEW, hätten 70 Prozent ihrer Endkundenverträge mit einem Festpreis ausgestattet. Diese Unternehmen seien nach jetzigem Wortlaut „gezwungen, die Umlage selbst zu tragen“.

Bei einem Versorger mit 100.000 Kunden mit einem durchschnittlichen Jahresverbrauch von 20.000 Kilowattstunden Gas ergebe sich so ein finanzieller Schaden von bis zu 100 Millionen Euro pro Jahr, warnte der BDEW.

Offen blieb im Entwurf auch, ob die deutschen Verbraucher mit der Gasumlage für Gasmengen einstehen sollten, die von Uniper & Co zwar gekauft, aber für den Transit in

andere Länder vorgesehen waren. Laut BDEW handelt es sich dabei um 40 Prozent der Gasmengen, die als Ersatz für ausfallende russische Lieferungen beschafft werden müssen.

Ohne die Last-Minute-Warnungen der Energieverbände BDEW und EFET wäre der von der Regierung übersehene Kostenblock bei der Gasumlage noch obendrauf gekommen. Zeit, um die Grundsatzfrage nach dem Sinn einer Gasumlage zu stellen, blieb den Interessenvertretern gar nicht.

Erst nachdem der öffentliche Streit über die Gasumlage bereits entbrannt war, erklärte auch der BDEW, dass „der beste Weg“ nicht eine Umlage, sondern „eine Stützung der Gasimport-Firmen aus Bundesmitteln oder über Kreditabsicherungen gewesen wäre“.

Jetzt liegt das Kind im Brunnen – und es wieder herauszuholen, erscheint mindestens so gefährlich. „Wenn der Bundestag die Gasumlage jetzt noch komplett kippen würde“, sagte EFET-Geschäftsführerin Barbara Lempp, „wäre das eine mittlere Katastrophe.“

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen: <http://epaper.welt.de>

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <https://www.welt.de/240836767>